

Riesauer Tageblatt



Verlagsamt
Tageblatt-Riesau
Gemeinde Nr. 22
Postfach Nr. 22

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postfachkonto
Dresden 1332
Groschke
Riesau Nr. 22

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gosenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesau, des Rates der Stadt Riesau, des Finanzamts Riesau und des Hauptkommissars Weihen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 51.

Sonnabend, 1. März 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Gegen Vorzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabeblattes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bemessung der Anzeigen: 20 mm breite, 5 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraumbereit und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesau. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesau; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesau.

Der Patriot ist Roggenbrot.

Der Reichstag verabschiedete gestern die Regierungsvorlage über das Brotgesetz, durch die unser Reichsernährungsminister Dietrich den Roggenpreis zu stützen sucht. Wir begrüßen es, daß der Reichstag, den Reichsfinanzminister Dr. Meißner ermächtigte, der Getreidehandelsgesellschaft gegenüber bis zu 15 Millionen Mark für Verluste einzustehen, die ihr aus ihrer Erhöhungspolitik für den Roggenpreis erwachsen.

Das neue Brotgesetz sieht, wie hier noch einmal kurz festgehalten werden soll, drei Brotarten vor: 1. Roggenbrot aus mindestens 85 Prozent Roggenmehl, 2. Weizenbrot aus mindestens 85 Prozent Weizenmehl und 3. Mischbrot. Außerdem enthält die Vorlage eingehende Vorschriften über den zulässigen Höchstpreis von Backhilfsmitteln. Die Brotgewichte werden für das ganze Reich einheitlich geregelt. Spezialbrote für Kranke und Genesende bleiben bestehen. Neu ist, daß der Reichstag die Reichsregierung ermächtigt, festzusetzen, was unter Backmitteln und Backhilfsmitteln zu verstehen ist.

Wie sich in den letzten Wochen zeigte, hat das Vermehrungsgesetz die Hoffnungen nicht vollständig erfüllt, die man daran stellte. Deshalb ist es wohl verständlich, daß Vorschläge aufkamen, die darauf hingingen, den Verbrauch von Roggenmehl auf 60 Prozent zu erhöhen. Es fehlt sogar nicht an Stimmen, die für eine Steigerung des Verbrauchszwangs auf 90 Prozent eintreten. Die Folge davon wäre nach der Auffassung landwirtschaftlicher Sachverständiger, daß das Weizengebäck teurer und knapper würde und dadurch die Verbraucher wieder mehr auf das Roggengebäck abgedrängt würden. Damit wäre der Roggenüberschuß zu beseitigen und der Roggenpreis könnte wiederum eine angemessene Höhe erreichen. Was hinter diesen theoretischen Erwägungen steht, wird jedem Roggenkäufer klar, der weiß, daß die letzte deutsche Roggenkammer sich auf etwa 8 Millionen Loth belief und wir in diesem Jahre 1 1/2 Millionen Tonnen Roggen zubehalten, die wir aus wirtschaftlichen Gründen möglichst zweckmäßig unterbringen müssen.

Unsere gegenwärtigen Schwierigkeiten rühren im wesentlichen daher, daß wir in den letzten Jahren zwei große aufeinanderfolgende Roggenkrisen hatten. Die den Bedarf geradezu riesenhaft überschritten. Reichsernährungsminister Dietrich erkannte schnell, daß der einzige Weg, um die Ueberschüsse loszuwerden und den Preisdruck zu vermindern, darin besteht, den Weltmarkt des Auslandes auf den Inlandmarkt zurückzuführen. Der Erwerb dieses wirtschaftspolitischen Zieles galten die Handelsvertragsverhandlungen mit Schweden, die neue Gestaltung der autonomen Getreidebesitz- und das deutsch-polnische Ueberereinkommen, das ein gemeinschaftliches Syndikat für die Roggenausfuhr schafft, die Ausfuhrzölle für Roggen reguliert und den Abzug der Roggenüberschüsse ins Ausland zu begünstigen sucht. Es bleibt abzuwarten, ob die Erwartungen, die man an dieses Ueberereinkommen knüpfte, sich erfüllen.

Auf dem Inlandmarkt suchte die Getreidehandels-gesellschaft und die Getreide-Industriekommission durch großzügige Käufe den Preisdruck zu paralysieren. Dies ist erfreulicherweise in Pommern in großem Umfang gelungen. Hier ist aber auch die Not besonders groß, denn der Roggenüberschuß in der Provinz Pommern ist so gewaltig, daß vielfach Roggen im Freien gelagert werden mußte, wo man ihn in Säcken und durch Decken vor den Einflüssen der Witterung zu schützen suchte.

Die niedrigen Preise, die unsere Landwirte für Brotgetreide erzielen, erklären sich wesentlich dadurch, daß es seit vielen Jahren nicht vorgekommen ist, daß sich Europa durch seine eigenen guten Ernten für so lange Zeit und in einem so großen Umfang selbst versorgen konnte, wie in diesem Jahre. Die Folge davon ist, daß die Tiefenpreise der überseeischen Brotgetreidekäufer sich nur ganz unwesentlich minderten, wodurch auch von Uebersee her ein Druck auf die Getreidepreise folgte. Zweifelhaft ist die jüngsten Vorgänge in Kanada und in den Vereinigten Staaten von Amerika. In Kanada wäre es in den letzten Wochen geradezu zu einer Katastrophe gekommen, wenn sich nicht die Regierung entschlossen hätte, durch Bereitstellung namhafter Summen den Getreidepreis zu stützen. In den Vereinigten Staaten ist es jedoch trotz aller Anstrengungen der mit großen Regierungsgeldern arbeitenden Farm Board noch nicht gelungen, die von den Farmern heiß ersehnten Stabilisierungsmaßnahmen durchzuführen. Die Getreidepreise verringerten sich nur wenig und übersteigen jene der letzten Ernte bedeutend. Die Nordamerikaner machen genau die gleichen Erfahrungen wie wir: Das Brotgetreide wird zwar durch Festlegung großer Regierungsgelder verkauft, es bleibt aber in den Weizenfeldern und Silos stehen, so daß alle Maßnahmen zur Erhöhung der Getreidepreise vereitelt werden. Wollen wir aus dieser Krise heraus, dann können nicht ausschließlich Regierungsmaßnahmen helfen. Die Massen des Volkes selbst müssen zuhaken und nach der Parole des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg leben: „Der Patriot ist Roggenbrot!“

Eisenbahnunglück in Belgien.

Brüssel. Ein von Brüssel kommender Eisenbahnzug ist heute mittag mit einem nach Melle fahrenden Zug zusammengefallen. Nach den bisherigen Meldungen sind 1 oder 2 Wagen umgekehrt und 8 Reisende verletzt worden.

Der Reichstag pausiert bis Donnerstag.

Berlin. Im Reichstag wurde gestern, wie wir bereits bekanntgegeben haben, die Verlesung der Mieterschutzgesetze in dritter Beratung endgültig beschlossen. Im Gegensatz zur Regierungsvorlage, die die Geltungsdauer der bestehenden Mieterschutzgesetze bis zum 30. Juni 1932 verlängern sollte, will der Ausschussantrag die Gesetze schon am 30. Juni 1931 außer Kraft legen. Die Sozialdemokraten und Kommunisten waren mit dieser Fristverkürzung nicht einverstanden und beantragten die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Das wurde jedoch mit 108 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Umgekehrt wollten die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei schon am 30. September 1930 den Mieterschutz in seiner jetzigen Form aufheben lassen. Dieser Antrag, für den auch die Deutsche Volkspartei stimmte, wurde mit 250 gegen 112 Stimmen abgelehnt. Der Ausschussantrag wurde schließlich in zweiter und dritter Beratung angenommen. Die Verlängerung der bestehenden Gesetze soll aber, wie von mehreren Rednern betont wurde, der Regierung Zeit gewähren, eine gründliche Reform des bestehenden Wohnungsgesetzes vorzubereiten. Dem Wohnungsausschuß wurde ein Antrag der Deutschnationalen überreicht, wonach die Mieterschutzgesetze nicht Anwendung finden sollen auf solche Mietverträge, die für freigeordnete oder freizuerwerbende Räume nach dem 1. April 1930 abgeschlossen wurden.

Nachdem ohne Aussprache das Internationale Sanitätsabkommen in dritter Beratung endgültig genehmigt war, kam der Nachtragsetz für 1929 zur ersten Beratung. Die Regierung und die Regierungsparteien behielten sich ihre Äußerungen dazu für den Ausschuss vor. Scharf kritische Bemerkungen machten nur Redner der Deutschnationalen und der Kommunisten. Dann ging der Nachtragsetz an den Haushaltsausschuß. In Verbindung damit wurde dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss eine Regierungsvorlage überwiefen, die Branntweinsteuererhöhungen will, um dadurch den Verbrauch von Monopolspiritus wieder zu heben.

Bis zum nächsten Donnerstag pausiert das Reichstagsplenum, man nennt das spöttlich die „Fischingspause“. Am

Donnerstag, den 6. März, um 3 Uhr, soll dann die zweite Beratung der Wohnungsgesetze beginnen.

Montag Fortsetzung der Kabinettsberatung.

Berlin. In der nächsten Sitzung des Kabinetts wurde die Besprechung über die Einkommensteuer des Haushalts fortgesetzt. Da über eine Reihe von Punkten eine Einigung nicht erzielt wurde, werden die Beratungen am Montag vormittag fortgesetzt.

Die Ansichten auf eine Lösung des Finanzproblems werden nach dem Verlauf der gestrigen Kabinettsitzung in den Kreisen der Regierungsparteien noch immer recht pessimistisch beurteilt. Die Verteilung dürfte kaum große Schwierigkeiten machen, wenn gleichzeitig das sogenannte „Notopfer der Selbstbehörden“ durchgeführt wird. Damit wird aber, wenigstens in den Kreisen der sozialdemokratischen Regierungsparteilieder, die Sanierungsfrage noch nicht als gelöst betrachtet. Mit dem Notopfer, das an sich schon wegen der einseitigen Belastung der Gehaltsempfänger unter Freilassung der „Selbstbehörden“ großen Bedenken begegnet, wäre freilich der Geldbedarf der Arbeitslosenversicherung zu decken; es wäre damit aber nicht der Ausgleich geschaffen, den die Sozialdemokraten als unerlässlich ansehen, um die Anspannung der Verbrauchsteuern auf 300 Millionen tonnar zu machen. Der mögliche finanzielle Ertrag aus Verbrauchsteuern wird nach der Meinung der Sozialdemokraten von anderen Regierungsparteien überschätzt. Die Grenze bei vielen Verbrauchsteuern schon erreicht, weil die durch die Verbrauchsteuer bewirkte Preis-erhöhung von Produkten naturgemäß den Abfall vermindern müßte. Die eine Seite des Meißner'schen Redaktionsprogramms, nämlich das Auskommen aus Verbrauchsteuern, müßte also ganz unabhängig vom sogenannten Notopfer durch ein Programm für direkte Steuern ergänzt werden, und darüber — so wird jedenfalls heute die Lage beurteilt — wird eine Einigung innerhalb der Regierungskoalition schwer zu erzielen sein.

Krise unvermeidbar? — Der Kampf um das Notopfer.

Berlin. In Zusammenhang mit dem wiederum negativen Ergebnis der Kabinettsitzung vom Freitag erklärt die Telegraphenunion folgende Einzelheiten:

Der Hauptpunkt, über den eine Einigung im Kabinetts nicht erzielt werden konnte, ist das sogenannte Notopfer, für das eine Mehrheit im Kabinetts vorhanden ist, das aber von der DDP, nach wie vor mit allem Nachdruck abgelehnt wird. Das Notopfer ist so gedacht, daß dadurch eine Summe von 100 Mill. aufgebracht werden soll, und zwar von sämtlichen Beamten, ohne Unterscheid der Gehaltshöhe, sowie von allen Selbstbehörden von über 8400 Mark. Man hat vorläufig er-rechnet, daß zur Aufbringung dieser Summe aus den genannten Bevölkerungsklassen eine zusätzliche Einkommenssteuer zwischen 1—3 Prozent erhoben werden müßte.

Infolge des unüberbrückbaren Gegenstandes in dieser Frage zwischen den Sozialdemokraten und dem Zentrum einerseits und der Deutschen Volkspartei andererseits hat sich die parlamentarische Lage außerordentlich angespannt. Wenn nicht in letzter Minute ein Mittelweg — und er ist nicht zu sehen — gefunden wird, ist die Krise unvermeidbar. Die Haltung der Demokraten ist nicht ganz eindeutig. Es scheint, daß sie zwar das Notopfer ablehnen, es aber nicht zur Vertrauensfrage machen.

Am Freitag abend legten noch die Fraktionsvorsitze des Zentrums und der Deutschen Volkspartei. Da sich der Reichstag bis zum 6. März versagt hat, werden die Fraktionen selbst, die in dieser entscheidenden Frage gehört werden müssen, vor Anfang nächster Woche nicht zusammen-treten, so daß eine Entscheidung nicht vor Mitte nächster Woche zu erwarten wäre. Am Sonnabend tagt der Reichs-ausschuß der Deutschen Volkspartei, der schon seit längerer Zeit zur Regelung organisatorischer Fragen einberufen worden war. Man darf aber annehmen, daß er sich auch mit

der kritischen Zuspitzung der parlamentarischen Lage be-fassen und die bisherige Haltung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei unterstützen wird.

Einseitige Belastung des Mittelstandes? Die Gegenstände der DDP.

Berlin. Wegen des vom Zentrum und den Sozialdemokraten geforderte Notopfer werden von volksparteilicher Seite geltend gemacht:

Das Notopfer widerspricht der seit Jahren erhobenen Forderung der DDP, nach Angleichung der mittleren Einkommenssteuern; es würde vielmehr umgekehrt direkt eine einseitige Belastung des Mittelstandes bedeuten, da es lediglich von den Privatangestellten mit einem Einkommen über 8400 Mark und von den Beamten aufzubringen wäre, so daß also weder die kleinen Lohnempfänger noch die großen Einkommen der freien Wirtschaft davon erspart wären.

Wenn von den Anhängern des Notopfergedankens er-klärt wird, daß für den Fall seiner Nichtdurchführung das Reich eine Gehaltskürzung bei den Beamten durchführen müßte, so sei das natürlich als ein ganz abwegiges Druck-mittel zu bewerten, da sich im Reichstag für eine derartige Maßnahme niemals eine Mehrheit finden würde. Ganz abgesehen davon, daß das Beamtengehalt ein unantastbares Grundrecht des Beamtenums darstellt, das jederzeit im Wege des Zivilprozesses mit Erfolg eingeklagt werden könnte.

In demokratischen Kreisen wird gegen die Sondersteuer des Notopfers vor allem geltend gemacht, daß sie ihrer Konstruktion nach überhaupt unabsehbar sei.

Besprechung mit den Finanzministern der Länder.

Berlin. Der Reichsfinanzminister Dr. Meißner hielt gestern vormittag eine Besprechung mit den Finanzministern der Länder ab, die an der Frage der Ab-führung der Steuern durch das Reich für die Ueberlassung der früheren staatlichen Post- und Eisenbahn an das Reich interessiert sind. Diese schon seit Jahren schwebende und oft behandelte Frage ist, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, neuerdings wieder mit in den Vordergrund der Diskussion getreten, nachdem im Zusammenhang mit dem deutsch-polnischen Liquidations-abkommen die Reichsregierung dem preussischen Staat eine Schadloshaltung für das an Polen abgetretene preussische Staatsgebiet angeboten hat. Infolge dieser Verzichtnahme der preussischen Ansprüche sind auch andere Länder, in erster Linie Bayern, wieder an das Reich heranzutreten, um ihre Anforderungen wegen der Post- und Eisenbahnabfindung zur Geltung zu bringen.

Landwirtschaftsführer beim Reichstanzler.

Berlin. Der Reichstanzler empfing gestern in Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Land-wirtschaft Dietrich die Führer der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen, Präsident Brandes, die Reichs-minister a. D. Schiele und Dornes und den bayrischen Landwirtschaftsminister Febr. Ihrem in einmündigen Dar-legungen begründeten Wünsche entsprechend, wird der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft alsbald einen engen Kreis landwirtschaftlicher Führer zu einer Be-sprechung einberufen, in der beschleunigt, umfassende und durchgreifende Maßnahmen zur Stärkung des Marktes land-wirtschaftlicher Produkte und zur Sicherung der gefährdeten landwirtschaftlichen Erzeugung vorgeklagt und geprüft werden sollen.